



Die EU und die USA sind im vergangenen Monat einem Handelskrieg ausgewichen, als sie ein Abkommen über gegenseitige Zölle ankündigten. Bislang handelte es sich dabei jedoch lediglich um eine Absichtserklärung. In den darauffolgenden Wochen feilten Unterhändler beider Seiten an den Details – nun wurden die konkreten Vereinbarungen veröffentlicht.

Das Grundgerüst des Deals bleibt dabei unverändert: Die USA erheben einen Zollsatz von 15 Prozent auf die meisten Waren aus der EU. Dies betrifft auch Arzneimittel – Europas wichtigstes Exportgut in die Vereinigten Staaten –, die weiterhin mit 15 Prozent verzollt werden. Dies gilt auch dann, wenn Washington wie erwartet ein neues Zollpaket für ausländisch produzierte Medikamente verabschiedet, das Abgaben von bis zu 200 Prozent vorsieht.

Komplexer gestaltet sich die Lage bei Autos. Laut den nun veröffentlichten Details bleiben die hohen US-Zölle auf europäische Fahrzeuge zunächst bestehen. Erst wenn die EU ein Gesetz zur Senkung der Zölle auf zahlreiche US-Produkte einführt, sollen diese Zölle auf 15 Prozent festgelegt werden. Europäische Autobauer sehen sich derzeit mit einem geltenden US-Zollsatz von 27,5 Prozent konfrontiert.

Erste Reaktionen

Europäische Beamte haben mit „verhaltener Erleichterung“ auf das Abkommen reagiert. Es entspreche im Wesentlichen den Erwartungen, und die nun schriftlich fixierten Vereinbarungen gäben den Unternehmen in der EU ein Mindestmaß an Planungssicherheit.

Folgewirkungen auf den transatlantischen Handel

Die Zölle unter Präsident Trump werden vielfältige Auswirkungen auf den Handel zwischen Europa und den USA haben.

- Einige US-Kleinunternehmen sehen sich durch die Zölle gezwungen, in den „Überlebensmodus“ zu wechseln.
- Trumps Drohung, kommende Woche 50 Prozent Zölle auf Importe aus Indien zu erheben, wird große Belastungen für US-Unternehmen im Bereich Dienstleistungen mit sich bringen.



Ukraine identifiziert gefallene Soldaten

Seit Juni sind in der südukrainischen Region Odesa die sterblichen Überreste von rund 6.000 Soldaten eingetroffen – Teil eines Austauschabkommens mit Russland. Forensische Teams arbeiten nun daran, die Toten zu identifizieren und ihren Angehörigen zu übergeben.

Dieser massive Rücktransport Verstorbener ist eines der wenigen greifbaren Ergebnisse dreier Runden von Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine. Diese Zahl gibt jedoch nur einen Bruchteil des Gesamtbildes wieder: Über 70.000 Menschen gelten in der Ukraine seit Beginn des Krieges als vermisst.

Kurz nachdem Ex-Präsident Trump Gespräche im Weißen Haus zur Beendigung des Krieges mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj und europäischen Spitzenpolitikern geführt hatte, startete Russland laut Angaben der ukrainischen Luftwaffe einen massiven Angriff mit fast 600 Drohnen und 40 Raketen auf ukrainische Städte.

Trotz demonstrativer Rhetorik aus Washington ist ein echter Durchbruch in Richtung Frieden derzeit nicht absehbar.

WEITERE NACHRICHTEN

- **Migration:** Erstmals seit Jahrzehnten verlassen mehr Migranten die USA, als neu einwandern, wie eine aktuelle Studie zeigt. Abschiebungen unter Trump erreichten ein neues Rekordhoch.
- **Trump:** Ein Berufungsgericht in New York hob eine Geldstrafe in Höhe von 500 Millionen Dollar gegen den US-Präsidenten auf, bestätigte jedoch seine Verurteilung wegen Betrugs.
- **Wahlpolitik:** In Texas und Kalifornien stimmten die Staats-Parlamente über neue Zuschnitte von Wahlkreisen ab, die den Ausgang der Kongresswahlen 2026 maßgeblich beeinflussen könnten.



- **Gaza:** Das israelische Militär stationierte Bodentruppen in etwa einem Viertel von Gaza-Stadt. Unklar bleibt, ob und wann eine großangelegte Offensive beginnt.
- **Nord-Stream-Attentat:** In Italien wurde ein Ukrainer festgenommen, der als Drahtzieher des Anschlags auf die Nord-Stream-Pipelines im Jahr 2022 gilt.
- **Seltene Erden:** Die USA verhandelten über eine Partnerschaft zum Abbau strategisch wichtiger Mineralien in Brasilien – bevor die neuen Zölle angekündigt wurden.
- **Spionage:** Der US-Matrose Jinchao Wei wurde verurteilt, weil er Informationen über amerikanische Kriegsschiffe an China verkauft hatte.

Autor: P. Tiko